

Der Mantelerlass entmündigt

David gegen Stromgoliath

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Die Stromgoliathe werden im Kampf für die «Windoffensive» und den «Solarexpress» massiv gestärkt. Denn David, der Bürger, soll im Kampf gegen riesige Windräder nie mehr gewinnen.



«Das nationale Interesse geht entgegenstehenden Interessen von kantonaler, regionaler oder lokaler Bedeutung vor». So steht es schwarz auf weiss im Energiegesetz, über das am 9. Juni abgestimmt wird. Das heisst: Wir Bürger sollen nichts mehr zu sagen haben.

Erkennt der Bundesrat einer Energieanlage ein nationales Interesse zu, so kann er künftig beschliessen, dass die notwendigen Bewilligungen in einem konzentrierten und abgekürzten Verfahren erteilt werden. Dies ist ein verfassungswidriger Eingriff in die kantonale Organisations- und Verfahrensautonomie.

Kantone aushebeln

Die Kantone müssen im Richtplan Gebiete von «nationalem Interesse» für Solar- und Windenergieanlagen bezeichnen. Dafür ist keine Grundlage im kantonalen Richtplan mehr möglich. Das bedeutet, dass die jeweiligen kantonalen Parlamente weitgehend ausgeschaltet werden. Bei 16 in der Vorlage genannten Wasserkraftwerken soll künftig die Mitsprachemöglichkeit sogar ganz entzogen werden. Die Behörden oder ein Gericht können also den Bedarf und die Standortgebundenheit einer Anlage nicht mehr überprüfen.

Tür zum Bundesgericht zu

Doch nicht nur das. Kommt das Gesetz, wird der bisherige föderalistische Rechtsweg «von unten» ausgehebelt. Auf kantonaler Ebene wäre künftig nur noch eine Beschwerde an das obere kantonale Gericht möglich. Und das Recht, in den jeweiligen Bewilligungsverfahren ans Bundesgericht zu gelangen, würde massiv beschnitten.

Schnellverfahren

Die Grosskraftanlagen sollen zudem mittels Schnellverfahren innerhalb von sechs (!) Monaten durchgepeitscht werden können. Die bisherige aus gutem Grund nötige sorgfältige rechtliche Prüfung der teils sehr problematischen Grosskraftanlagen wäre nicht mehr möglich.

Rechtsmittel nur noch für die Grossen

Als wäre das noch nicht genug, sollen auch lokale und kantonale Organisationen nicht mehr beschwerdeberechtigt sein. Nur noch gesamtschweizerischen Organisationen wie der WWF (welche z. T. bereits von der Stromwirtschaft gekapert wurden, oder noch werden,

Stichwort «Beschwerdeabkauf») dürfen Rechtsmittel ergreifen.

David gegen Goliath

So stehen in Zukunft Herr und Frau Schweizer allein da, wenn sie gegen eine überdimensionierte Windkraftanlage vor ihrer Haustür die extrem aufwendigen und belastenden Rechtsmittelverfahren durchziehen wollen. Sie werden die immensen Kosten nicht tragen können, weil auf der Gegenseite die mit unendlichen Geldmitteln, einem Heer von Gutachtern und spezialisierten Anwälten ausgestatteten Stromgesellschaften stehen.

Das wäre dann wie David gegen Goliath. Nur dass Goliath gewinnen wird.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Die Schweiz strauchelt in eine Defizitperiode. Dies nicht zuletzt, weil der Funktionärsapparat zu Bundesbern zum Selbstläufer wird. Niemand scheint seine fortschreitende Auswucherung in den Griff bekommen zu wollen – trotz seiner finanziellen Gefrässigkeit. Jetzt stellt die SVP Anträge, welche klar auf Eindämmung von Funktionärsapparat und Funktionärsherrschaft ausgerichtet sind. Selbstverständlich lehnen Linke und Grüne, Hauptprofiteure der Funktionärsauswucherung, diese Anträge kategorisch ab. Mitte und FDP hingegen bemühen sich, so zu tun, als wäre das Sparen auch ihr Anliegen. Aber sie wehren sich gegen Anstrengungen zum Abbau des Funktionärsapparats. Sparbefehle, sagen sie, dürfen keinesfalls spürbare Tätigkeits-Eindämmung bewirken. Womit alles beim alten bleibt. Das ist Mitte- und FDP-Politik. Man kann auch sagen: Larifari-Politik.

us

Veranstaltungshinweis:

**Inside Paradeplatz On Stage:
Ueli Maurer live im
Zürcher Schiffbau**



Donnerstag, 23. Mai 2024, um 18 Uhr, mit anschliessendem Dinner im Restaurant LaSalle, 8005 Zürich
Der Preis für den ganzen Abend inkl. Apero und 3-Gang-Dinner beträgt 159 Franken. Zahlungsbestätigung gilt als Ticket.